MLPD | BRUCKWIESENWEG 10 | 70327 STUTTGART

Michael Csaszkoczy,
Solidaritätskomitee gegen Berufsverbote,
Rote Hilfe
160704

Solidaritätsadresse an Michael Csaszkoczy, Solidaritätskomitee gegen Berufsverbote und Rote Hilfe

Lieber Michael, liebes Solidaritätskomitee, liebe Rote Hilfe,
die MLPD Baden-Württemberg erklärt sich uneingeschränkt solidarisch mit Deinem und Eurem Kampf gegen die Jahrzehnte andauernde Bespitzelung durch den Geheimdienst „Verfassungsschutz“. Wir lehnen die „Rechtsprechung“ des Verwaltungsgerichts in Karlsruhe am 20. Juni 2016 in seiner Urteilsbegründung entschieden ab. Sie erklärt die mehr als 20-jährige geheimdienstliche Überwachung von dir im „Namen des Volkes“ für rechtens. Wir unterstützen und schätzen deinen jahrelangen Kampf gegen diese Bespitzelung, gegen die sich eine breite Solidarität entwickelt. Die MLPD hat einen Prozess gegen einen der Stichwortgeber des Verfassungsschutzes Herrn van Hüllen geführt. Der Verlag musste daraufhin sein antikommunistisches Buch vom Markt nehmen. Es ist wichtig diesen verharmlosend „Verfassungschützern“ genannten Herren, die in Wirklichkeit nur die Herrschaft weniger über die Mehrheit absichern sollen, nicht das Feld zu überlassen - auch vor den Schranken der Gerichte. Dafür hast du wichtige Signale gesetzt.
In der Urteilsbegründung wird insbesondere deine Aktivität in der Rechtshilfe- und Solidaritätsorganisation „Roten Hilfe“ angegriffen, weil diese Organisation „ausdrücklich auch Kommunisten in ihre Organisation einschlösse.“ Bei der „Roten Hilfe“, die in Bezug auf die BRD von „staatlichem Unrecht“ und „Repression“ spreche, sei es gleichgültig, ob sie die Verfassung des Grundgesetzes bekämpfe oder nur die konkrete „Verfassungswirklichkeit“. Damit soll der Zusammenschluss aller entschiedenen Antifaschisten, kämpferischen Demokraten und entschlossenen Internationalisten über alle Parteigrenzen hinweg angegriffen und der „Kommunismus“ als Weltanschauung auf die Anklagebank gesetzt werden.
Mutmaßliche Mitglieder kommunistischer bzw. marxistisch-leninistischer Organisationen und alle Menschen, die Kritik an polizeilichen und gerichtlichen Entscheidungen üben, werden zum staatlichen „Freiwild“ der Geheimdienste erklärt. Ebenso sind alle Organisationen, in denen „Kommunisten“ mitarbeiten, im Visier der Geheimdienste. Mit ähnlichen Begründungen versucht man die Gemeinnützigkeit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten/VVN/BdA, des Frauenverbandes Courage, von attac und anderer fortschrittlicher, linker bzw. revolutionärer Organisationen zu entziehen und sie zu kriminalisieren. Mehr als 1,4 Millionen Lehrerinnen und Lehrer, Beamte bei Bahn und Post wurden durch den „Radikalenerlass“ Willy Brandts von 1972 bespitzelt, “angehört“ oder ganz aus dem Staatsdienst gesäubert. Darunter waren die Gemeinderatskandidatin der MLPD, Inge Dressler ,sowie der Gemeinderatskandidat Wolfgang Serway. Die jetzige Urteilsbegründung führt damit den formal abgeschafften „Radikalenerlass“ fort, obwohl gegen dich 2008 das Berufsverbot letztinstanzlich aufgehoben wurde.
Das Vorgehen des Gerichts entspricht in Theorie und Praxis der Entschließung des Europarats vom 25. Januar 2006, wo alle, die weiter denken als es das Grundgesetz erlaubt, dämonisiert und der „Kommunismus/Sozialismus“ zu einer Wurzel des „Terrorismus“ und seine Bekämpfung zu einer hehren humanistischen Pflicht erklärt wird. Der Kampf für demokratische Rechte und Freiheiten und ihre Erweiterung ist heute untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen den modernen Antikommunismus. Als ideologischer Damm soll er den vergeblichen Versuch unternehmen, den Menschen in einer Zeit, wo der Kapitalismus nur noch in seiner Krisenhaftigkeit existieren kann, die Vision einer von Ausbeutung und Unterdrückung befreiten Gesellschaft zu verstellen. Geheimdienste, Geschichtsfälschungen, Medien sowie die herrschende Gesetzgebung und Justiz sollen diesen ideologischen Damm absichern. Kommunismus/Sozialismus ist aber kein Terrorismus, sondern das Ende des Terrorismus.
Andererseits arbeiten Teile der Geheimdienste ganz offen und unverhohlen am Aufbau und

der aktiven Förderung neofaschistischer Organisationen wie der NSU. Durch „Schreddern“ von Akten, Daten, SIM Karten usw. werden die Neofaschisten vor Strafverfolgung geschützt, ihre Propaganda verharmlost. Gleichzeitig laufen nach den §§ 129 a und b in München „Terroristenprozesse“ gegen Mitglieder der Migrantenorganisation ATIK sowie bundesweit gegen mutmaßliche Mitglieder und Sympathisanten der PKK. Damit stellen sich die Gerichte mit voller Unterstützung der Bundesanwaltschaft bzw. der Regierung Merkel/Gabriel in trauter Zusammenarbeit mit Erdogan gegen diejenigen, die in Syrien an vorderster Front gegen den faschistischen IS einen Kampf auf Leben und Tod führen.
Wir fordern gemeinsam mit anderen Organisationen und fortschrittlichen Menschen:

- Schluss mit der Bespitzelung von Michael Csaszkóczy und anderen
- Schluss mit der Verfolgung und Diskriminierung fortschrittlicher Organisationen
- Umfängliche Rehabilitierung der vom „Berufsverbot“ betroffenen Menschen
- Auflösung der Geheimdienste
- Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda
- Keine Chance dem modernen Antikommunismus
- Weg mit den Paragraphen 129 a und 129 b, sofortige Freilassung der ATIK- und PKK Gefangenen